

# PROTOKOLL

## 2. Generalratssitzung vom Dienstag, 21. Juni 2011 um 20:00 Uhr in der Aula der Primarschule Flamatt

<b><u>Anwesende</u></b> <b>Generalräte /</b> <b>Generalrätinnen:</b>	Aebischer Armin CVP, Baumberger Hugentobler Isabelle SP Binz-Eicher Ursula CVP, Boschung Bruno CVP, Boschung Jean-Pierre CVP, Boschung Roland CSP, Brühlhart Armin BDP, Bürge David Junge Freie Liste, Bürge Deborah Junge Freie Liste, Caduff Pius CVP, Ducrey Patrik CVP, Dutly-Moser Ursula FDP, Forster Elias FDP, Herren Heinz SVP, Horisberger Hans Peter SVP, Jauner Rita SP, Keller Rolf CSP, Luginbühl Stefan SP, Müller Hugo FDP, Perler André Junge Freie Liste, Perler Andreas CVP, Perler Erich SP, Perler Erwin CVP, Perler Heinrich CVP, Perler Schneuwly Margrit SP, Perler Michael SP, Probst Markus Forum Freie Wähler, Räber Doris Forum Freie Wähler, Riesen Bruno SP, Roschi Bernhard CVP, Schafer-Jungo Marlies CSP, Scheidegger Kurt FDP, Schenk Pirmin SVP, Schneuwly Julian Junge Freie Liste, Schneuwly Patrik CVP, Schöpfer Josef SP, Schwald Patrik FDP, Schweizer-Meyer Nicole CSP, Spicher Beat CSP, Spicher-Hayoz Yvette CSP, Spring Hans FDP, Stähli Walter FDP, Suter-Heller Mirjam CVP, Tschannen Rolf FDP, Winzenried Margrit EVP, Wüthrich Peter Forum Freie Wähler, Zahnd Patricia Junge Freie Liste
<b><u>Total: 47</u></b>	
<b>Gemeinderäte /</b> <b>Gemeinderätinnen</b>	Bucheli Doris CVP, Bürgy Christa CSP, Boschung Philipp CVP, Berthold Patrick CSP, Freiburghaus Andreas FDP, Bigler, Toni FDP, Kormann Marianne SP, Schneuwly René SP, Mühlematter Isabella CVP
<b>Abteilungsleiter/in</b>	Cotting Marius, Huber Fredy
<b><u>Vorsitz:</u></b>	Patrik Ducrey, Generalratspräsident
<b><u>Stimmzähler:</u></b>	<ul style="list-style-type: none"><li>- Yvette Spicher</li><li>- Stefan Luginbühl</li><li>- André Perler</li></ul>
<b>Vizepräsident:</b>	Walter Stähli
<b><u>Protokoll:</u></b>	Fredy Huber, Gemeindeschreiber
<b><u>Aufzeichnungen:</u></b>	Daniel Riedo, Bösinggen
<b><u>Presse:</u></b>	Karin Aebischer, Freiburger Nachrichten
<b><u>Entschuldigt:</u></b>	Philipp Bürgy, JFL (Auslandaufenthalt), Paul Fries ,

**Stimmberechtigte  
am 21. Juni 2011**  
(in Gemeindeangelegenheiten)

FDP (Ferien), Walter Fuhrer SVP (Ferien)

3'952

Generalratspräsident Patrik Ducrey begrüsst die anwesenden Mitglieder des General- und Gemeinderates sowie die Vertreter der Gemeindeverwaltung, Presse und ZuschauerInnen.

Die Einladung ging fristgerecht an alle Generalräte und wurde im Internet der Gemeinde publiziert. Die Sitzung wurde somit ordnungsgemäss eingeladen. Die Sitzung wird auf Tonband aufgenommen.

#### Traktandenliste:

1. Sitzungseröffnung:
  - Traktandenliste
  - Präsenzliste
  - Mitteilungen
2. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 12. April 2011 und Protokoll der Generalratssitzung vom 17. Mai 2011
3. Kompetenzdelegation an den Gemeinderat gemäss Gemeindegesetz Artikel 51 bis
4. Automatensteuer / Aufhebung per Ende 2011
5. Geschäftsreglement des Generalrates / Genehmigung
6. Anträge
7. Verschiedenes

Zur Einladung sowie Traktandenliste werden keine Bemerkungen oder Änderungswünsche vorgebracht.

Er bittet die Stimmzähler, die Präsenzliste zu erstellen und stellt Beschlussfähigkeit fest.

11 00.02.012 Büro

#### **Elektronischer Kommunikationsweg für den Generalrat / Bekanntgabe; Memorial Sekulic**

Patrik Ducrey: Der Gemeindeschreiber ist daran, einen gesicherten elektronischen Kommunikationsweg für den Generalrat einzurichten. Dies sollte bis zum Herbst geschehen. Sie haben dann die Möglichkeit, die Sitzungsunterlagen über das Internet abzurufen. Jene Mitglieder, welche wie bis anhin mit den schriftlichen Unterlagen per Post bedient werden wollen, können dies bei einer Umfrage, die der Sekretär vornehmen wird, entsprechend vermerken.

An den beiden kommenden Wochenenden findet in unserer Gemeinde mit dem Memorial Sekulic einer der grössten Sportanlässe der Westschweiz

statt. Informationen wollen Sie dem Ihnen abgegeben Flyer entnehmen. Er spricht dem Organisationskomitee und allen Helferinnen und Helfern seine Anerkennung für ihren grossen Einsatz aus.

12 00.02.03 Protokolle  
**Protokoll der Gemeindeversammlung vom 12. April 2011 und Protokoll der Generalratssitzung vom 17. Mai 2011**

Patrik Ducrey: Das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 12. April 2011 wurde allen zugestellt.

Es werden von den Generalräten/innen keine Änderungen oder Ergänzungen verlangt.

**Antrag des Gemeinderates:**

**Der Gemeinderat beantragt dem Generalrat:**

Das Protokoll der letzten Gemeindeversammlung vom 12. April 2011 anzunehmen.

**Abstimmung:**

47	Ja-Stimmen
0	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

**Beschluss:**

**Das Protokoll der letzten Gemeindeversammlung vom 12. April 2011 wird vom GenR genehmigt.**

Patrik Ducrey: Das Protokoll der konstituierenden Generalratssitzung vom 17. Mai 2011 wurde ebenfalls allen zugestellt.

Auch hier werden keine Änderungen oder Ergänzungen verlangt.

**Antrag des Büros:**

**Das Büro beantragt dem Generalrat:**

Das Protokoll der konstituierenden Generalratssitzung vom 17. Mai 2011 2010, anzunehmen.

**Abstimmung:**

47	Ja-Stimmen
0	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

**Beschluss:**

**Das Protokoll der konstituierenden Generalratssitzung vom 17. Mai 2011 wird vom GenR genehmigt.**

13 00.02.011 Generalrat  
**Kompetenzdelegation an den Gemeinderat gemäss Gemeindegesetz Artikel 51 bis**

Doris Bucheli, Gemeindepräsidentin: Der Generalrat kann dem Gemeinderat die Zuständigkeit zur Vornahme von Geschäften gemäss Artikel 10 „Befugnisse“ g – j, übertragen:

Von der Kompetenz für Geschäfte im oben erwähnten Sinn hat der Gemeinderat bisher selten Gebrauch gemacht. Am ehesten kommt die Kompetenz

gemäss Artikel 10 g) für kleinere Grundstücksgeschäfte zur Anwendung (z.B. bei Strassenprojekten oder Korrekturen von Parzellengrenzen). Die Kompetenz trägt dazu bei, dass der Gemeinderat solche Geschäfte schneller und ohne allzu grossen administrativen Aufwand erledigen kann.

b) Finanzkompetenz von Fr. 50'000.-- für unvorhersehbare und dringliche Aufgaben

In Artikel 89ff des Gesetzes über die Gemeinden sind die Ausgaben-Grundsätze geregelt. Folgende Aussagen bilden den Hauptbestandteil dieser Artikel:

- Der Voranschlag gilt für jene Aufgaben, welche in einem einzelnen Rechnungsjahr gedeckt werden können, als Ausgabenbewilligung.
- Einen besonderen Beschluss des Generalrates erfordern Ausgaben, die nicht in einem einzelnen Rechnungsjahr gedeckt werden können, sowie die sich darauf beziehenden Zusatzkredite.

Der Gesetzgeber räumt in Artikel 90 des gleichen Gesetzes dem Gemeinderat die Kompetenz ein, dringliche, unvorhersehbare Ausgaben zu beschliessen und zu tätigen. Diese müssen laut Gesetzestext an der nächsten Generalratssitzung genehmigt werden.

Seit mehreren Legislaturen wurde dem Gemeinderat von der Gemeindeversammlung jeweils eine Finanzkompetenz erteilt. Jetzt ist also neu der Generalrat dafür zuständig.

Die Finanzkommission wird über die im Rahmen dieser Finanzkompetenz getätigten Ausgaben informiert. Die Beschlüsse werden in der Jahresrechnung speziell aufgeführt.

Diese Finanzkompetenz wurde in den vergangenen Legislaturperioden nur sehr selten in Anspruch genommen. Der Gemeinderat ist für die Einhaltung des Voranschlages verantwortlich. Er wird deshalb immer bestrebt sein, eine ausgeglichene Rechnung zu präsentieren und von der Finanzkompetenz nur in wirklich dringenden Fällen Gebrauch zu machen.

Patrik Ducrey dankt Frau Bucheli für die Ausführungen.

Heinrich Perler: Die CVP unterstützt diese Finanzkompetenz an den Gemeinderat.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen mehr verlangt.

**Antrag des Gemeinderates:**

**Der Gemeinderat beantragt dem Generalrat:**

1. Der Kompetenzdelegation gemäss Artikel 10, Bst. g) – j) des Gesetzes über die Gemeinden vom 25.09.1980 zuzustimmen

**Abstimmung:**

47	Ja-Stimmen
0	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

2. Dem Höchstbetrag von Fr. 50'000 pro Geschäft zuzustimmen.

**Abstimmung:**

47	Ja-Stimmen
0	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

### **Beschluss:**

**Der Generalrat stimmt der Kompetenzdelegation im Höchstbetrag von Fr. 50'000 pro Geschäft zu.**

14 09.02.06 Automatensteuer

#### **Automatensteuer / Aufhebung per Ende 2011**

Toni Bigler, Gemeinderat: Der Gemeinderat schlägt euch vor einen alten Zopf abzuhaufen, der nur noch geringe Erträge generiert, das Gewerbe stört und der Gemeinde einigen Aufwand verursacht.

Wie in der Botschaft zu diesem Geschäft ersichtlich ist, wurde die Automatensteuer 1977 eingeführt. Sie hatte vor allem den Sinn die hohen Gewinne auf den Glücksspielautomaten abzuschöpfen. Mit dem Verbot dieser Glücksspielautomaten im Jahr 2005 ist aber diese Einnahmequelle sowohl für die Automatenbetreiber wie auch für die Gemeinde versiegt. Im letzten Jahr nahm die Gemeinde mit dieser Steuer noch knapp 11'600 Franken ein, was weniger als einem Promille der Gesamtsteuereinnahmen von mehr als 14 Mio. Franken entspricht.

Da unsere Nachbargemeinden diese Steuer bereits nicht mehr kennen, fühlen sich die Automatenbetreiber in Wünnewil-Flamatt benachteiligt und sie haben ihren Ärger auch schon mehrmals ungeschminkt der Gemeinde mitgeteilt.

Kurz zusammen gefasst: Der geringe Ertrag der Automatensteuer rechtfertigt den Aufwand nicht mehr und unser Gewerbe soll gegenüber demjenigen in den Nachbargemeinden nicht länger benachteiligt werden. Aus diesem Grund will der Gemeinderat diese Steuer abschaffen. Der Gemeinderat beantragt Euch geschätzte Generalrätinnen und Generalräte, das ‚Reglement betreffend die Erhebung einer Steuer auf Spielapparaten und Automaten‘ vom 24. September 1999 auf Ende dieses Jahres abzuschaffen.

Beat Spicher, Sprecher der Finanzkommission: Die Automatensteuer wurde ursprünglich als Spielautomatensteuer eingeführt. Als solche hatte sie damals sicher ihre Berechtigung. Seit 2005 sind jedoch Glücksspielautomaten nur noch in Casinos erlaubt und damit kann man sich – wie dies der Gemeinderat tut – durchaus die Frage nach der Berechtigung dieser Steuer stellen.

Mit ungefähr 10'000 Franken pro Jahr generiert die Steuer nicht allzu viel Einnahmen. Man kann somit von einer Bagatellsteuer sprechen. Kleinvieh macht auch Mist, werden vielleicht die einen sagen. Aber wenn man sieht, dass der Aufwand zur Erhebung der Steuer mindestens ein Drittel des Ertrages beträgt, ist auch dieses Argument entkräftet. Auf die Lage der Gemeindefinanzen, die nicht gerade rosig, aber auch nicht dramatisch ist, hat die Aufhebung der Steuer ebenfalls keine spürbaren Auswirkungen.

Um so gewichtiger ist das Argument der administrativen und finanziellen Entlastung der KMU unserer Gemeinde. Es sind nämlich die einheimischen Gewerbetreibenden, welche diese Steuer abliefern müssen. Ausserdem werden sie damit den Betrieben in den umliegenden Gemeinden gleichgestellt.

Die Finanzkommission empfiehlt dem Antrag des Gemeinderates auf Aufhebung des Reglements betreffend die Erhebung einer Steuer auf Spielapparaten und Automaten zuzustimmen.

Patrik Ducrey dankt für die Ausführungen.

Ursula Binz: Die CVP unterstützt den Antrag des Gemeinderates.

Roland Boschung: Die CSP/EVP unterstützt den Antrag ebenfalls und möch-

te dass damit das Gewerbe von dieser Steuer entlastet wird.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen verlangt.

**Antrag des Gemeinderates:**

**Der Gemeinderat beantragt dem Generalrat:**

Das Reglement betreffend die Erhebung einer Steuer auf Spielapparaten und Automaten vom 24. September 1999 wird auf den 31. Dezember 2011 aufgehoben.

**Abstimmung:**

47	Ja-Stimmen
0	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

**Beschluss:**

**Der Generalrat stimmt der Aufhebung der Steuer auf Spielapparaten und Automaten vom 24. September 1999 auf den 31. Dezember 2011 zu. Dieser Beschluss untersteht nicht dem Referendum.**

15 10.03.03 Geschäftsreglement Generalrat

**Geschäftsreglement des Generalrates/Genehmigung**

Patrik Ducrey: Zusammen mit der Einladung haben Sie den Entwurf des Geschäftsreglements des Generalrates der Gemeinde Wünnewil Flamatt vom 1. Juni 2011 erhalten. Eine erste Fassung, die in den Fraktionen zirkuliert hat, ist dem kantonalen Amt für Gemeinden zur Vorprüfung vorgelegt worden. Dieses hat mit Schreiben vom 30. Mai 2011 Stellung genommen und aufgrund des am 1. Januar 2011 in Kraft getretenen Informationsgesetzes verschiedene Änderungen vorgeschlagen. Zudem hat der Gemeinderat dem Büro ebenfalls einige Änderungsvorschläge unterbreitet. Das Büro hat in seiner Sitzung die vorgeschlagenen Änderungen akzeptiert und legt Ihnen den vorliegenden Entwurf zur Genehmigung vor. Sie dürfen zu einzelnen Artikeln auch Fragen stellen, wenn etwas nicht klar sein sollte.

Die SP/Forum Freie Wähler-Fraktion hat festgestellt, dass einzelne Bestimmungen unseres Geschäftsreglements nicht genau mit der gesetzlichen Grundlage, dem Gemeindegesetz und dem Ausführungsreglement zum Gemeindegesetz, übereinstimmen. Er hat den Entwurf des Geschäftsreglements noch einmal mit dem Gemeindegesetz verglichen und festgestellt, dass insbesondere bei den Aufzählungen in Artikel 4, Artikel 8, Artikel 14 und Artikel 54 die Buchstabenfolge nicht mit den entsprechenden Aufzählungen im Gemeindegesetz übereinstimmt. Dies hat damit zu tun, dass es im Gemeindegesetz (GG) teilweise Aufhebungen gab bzw. dass einzelne Buchstaben in der Aufzählung nicht belegt sind und dass es Ergänzungen gab, die mit z.B. a<sup>bis</sup> bezeichnet sind. Wir haben in unserem Reglement die Aufzählung konsequent bei a angefangen und alle folgenden Buchstaben besetzt. Inhaltlich sind die Aufzählungen jedoch vollständig identisch.

Pro memoria: Bevor das Reglement in Kraft treten kann, muss es vom Kanton genehmigt werden. Aufgrund der Vorprüfung durch das Amt für Gemeinden und vorbehältlich grösserer Änderungen anlässlich der folgenden Beratung sollte dies nur noch eine Formsache sein.

**Antrag des Büros:**

Das Büro beantragt in einem ersten Schritt, auf das Geschäft einzutreten.

## **Beschluss:**

### **Der Generalrat beschliesst Eintreten zur Detailberatung des Geschäftsreglements.**

Wir werden nun das Geschäftsreglement artikelweise beraten. Falls keine Anträge zu einem Artikel gestellt werden und keine Diskussion gewünscht wird, werden wir jeweils blockweise über diese Artikel abstimmen. Zudem werde ich bereits vom Recht im Artikel 34 Abs. 5 Reglement Gebrauch machen und auf das Zählen der Stimmen verzichten, falls das Ergebnis der Abstimmung offensichtlich ist. Es heisst dann z.B. im Protokoll nur „Artikel 34 bis 36“, genehmigt“.

Anschliessend geht der Präsident die einzelnen Artikel durch:

Artikel 1, 2 und 3 werden ohne Änderungen genehmigt.

Artikel 4: Antrag der SP/Forum Freie Wähler-Fraktion, Abs. 1 mit Bst. m von Artikel 10 GG zu ergänzen. Dazu eine Erklärung des Büros: Bst. m ist absichtlich entfernt worden, auf Anraten des kantonalen Amtes für Gemeinden. Dieses hat darauf hingewiesen, dass ein neues Gesetz über die Förderung von Gemeindezusammenschlüssen, das am 1. Januar 2012 in Kraft treten wird, zwingend die Urnenabstimmung bei Gemeindezusammenschlüssen vorsieht. Der Generalrat hat darüber formell nichts zu beschliessen. Diese Änderungen sind in den Schlussbestimmungen Artikel 53 Reglement enthalten, der bei Gemeindezusammenschlüssen die Bestimmungen des GG und des Gesetzes über die Förderung der Gemeindezusammenschlüsse vorbehält.

Bruno Riesen: Die SP/Forum Freie Wähler-Fraktion zieht den Antrag zurück.

Artikel 4 wird ohne Änderungen genehmigt.

Artikel 5: Das Büro beantragt Ihnen, die Grösse einer Fraktion bei 5 Mitgliedern festzulegen. Dazu liegt ein Antrag der SVP vor.

Pirmin Schenk: Die SVP Wünnewil-Flamatt hat einstimmig beschlossen, einen Vorstoss für eine Fraktionsstärke mit vier Personen zu lancieren. Wir haben uns zu diesem Schritt aus folgenden Gründen entschieden: Jede Gruppierung im Parlament wurde durch das Volk gewählt. Folglich hat auch jede Gruppierung das Recht angemessen vertreten zu sein. Die SVP Wünnewil-Flamatt hat soweit eingesehen dass eine Fraktionsstärke von drei im Rat chancenlos ist. Entgegen allen Vorwürfen welche die SVP als kompromissfeindliche Partei abstempeln, suchen wir nun den Konsens zwischen drei und fünf. Mit der Fraktionsstärke vier gibt es im Rat keine fraktionslosen Parlamentarier. Weiter würde die Fraktionsstärke nur noch um eine Person unter der Forderung der anderen Gruppierungen liegen. Ein zweites Argument für die Fraktionsstärke vier ist sicher, dass zwei der wenigen Generalräte von Flamatt in der SVP sind. Durch die Fraktionsstärke fünf würden die sonst schon untervertretenen Flamatter, noch ein weiteres mal entscheidend an der politischen Teilnahme in unserer Gemeinde gehindert. Beharren wir also nicht auf unserem Stursinn, sondern arbeiten wir alle zusammen für eine starke und gesunde Gemeinde. Die SVP beantragt eine Fraktionsgrösse von 4 Personen.

Bruno Riesen: Die SP/FFW beantragen wie dies im Vorfeld bereits von den meisten Parteien und Gruppierungen geäussert wurde, eine Fraktionsstärke von 5 Personen.

Bruno Boschung: Auch die CVP hat sich für eine Fraktionsstärke von 5 Mit-

gliedern ausgesprochen. Im Vorfeld haben sich dazu bereits die meisten Parteien für diese Anzahl ausgesprochen. Es ist in der Politik so, dass stärkere Parteien und Gruppierungen mehr Rechte haben als kleinere. Dies hat jedoch nichts mit Diskriminierung zu tun. Die im Entwurf vorgeschlagene Anzahl bedeutet 10% der Grösse des Generalrates und hat repräsentativen Charakter. Bei den bereits vorgenommenen Kommissionsbildungen wurde diesem Umstand bereits Rechnung getragen. Deshalb sollte die Fraktionsgrösse von 5 beibehalten werden.

**Abstimmung:**

39	Ja-Stimmen
8	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

**Beschluss:**

**Die Grösse der Fraktion wird auf 5 Mitglieder festgelegt. Ansonsten wird Artikel 5 genehmigt.**

Artikel 6 wird ohne Änderungen genehmigt.

Artikel 7: Bruno Riesen: Die SP/FFW-Fraktion möchte den Abs. 2 wie folgt ergänzen: "...kann Vertreter der Fraktionen, *Parteien, Gruppierungen* oder des Gemeinderates..." Begründung: Die Formulierung ist zu einschränkend auf die Fraktionen ausgerichtet. Das Büro muss die Möglichkeit haben auch Parteien und Gruppierungen, die nicht Fraktionen sind, einzuladen.

**Abstimmung:**

47	Ja-Stimmen
0	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

**Beschluss:**

**Der Generalrat stimmt dieser Ergänzung im Abs. 2 zu. Ansonsten wird Artikel 7 genehmigt.**

Artikel 8 - 12 werden ohne Änderungen genehmigt.

Artikel 13: Bruno Riesen: Die SP/FFW-Fraktion beantragt im Art. 13, Abs. 2, den 1. Satz zu streichen: "~~Der Präsident übt sein Amt für die ganze Dauer der Legislaturperiode aus.~~ Im Übrigen bestimmen die Kommissionen ihre Organisation selbst." Begründung: Offenerere Formulierung wählen, zumal das GG und das ARGG dies nicht explizit verlangen. Damit bestehen bezüglich Organisation auch Handlungsmöglichkeiten, die auf die jeweiligen Kommissionen und ihre personelle Besetzung zugeschnitten werden können.

**Abstimmung:**

32	Ja-Stimmen
14	Nein-Stimmen
1	Enthaltungen

**Beschluss:**

**Der Generalrat stimmt der Streichung des 1. Satzes im Abs. 2 zu. Ansonsten wird Artikel 13 genehmigt.**

Artikel 14: Beat Spicher: Die CSP/EVP-Fraktion beantragt Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe f des Reglements ist wie folgt abzuändern:



- f) Sie prüft die Anträge betreffend *Einführung oder Abschaffung einer Steuer sowie betreffend Änderungen des Steuerfusses*.

Begründung: Geschäfte mit finanziellen Folgen für die Gemeinde sind vorgängig der Finanzkommission zur Stellungnahme zuzustellen. Buchstabe f von Artikel 14 Absatz 2 des Reglements spricht von "Änderungen des Steuerfusses". Sofern also eine Steuererhöhung oder -senkung vorgesehen ist, ergibt sich die Kompetenz der Finanzkommission klar aus dem Text. Weniger klar ist es hingegen, wenn eine Steuer neu eingeführt oder abgeschafft wird. Die vorgeschlagene Ergänzung schafft diesbezüglich Klarheit und verstösst auch in keiner Weise gegen kantonale Gesetzgebung.

**Abstimmung:**

47	Ja-Stimmen
0	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

**Beschluss:**

**Der Generalrat stimmt der Abänderung des Bst. f zu. Ansonsten wird Artikel 14 genehmigt.**

Artikel 15 und 16 werden ohne Änderungen genehmigt.

Artikel 17: Beat Spicher: Die CSP/EVP-Fraktion beantragt Artikel 17 des Reglements ist wie folgt abzuändern: "... ein Minderheitsantrag mindestens einen Drittel ~~40%~~ der Stimmen, so kann die Minderheit einen Berichterstat-ter ..." Begründung: Kommissionen bestehen gemäss Artikel 12 Absatz 4 des Reglements aus mindestens drei Mitgliedern. Es kann zudem durchaus mal sein, dass bei einer Kommissionssitzung nur drei Mitglieder anwesend sind und abgestimmt haben. Braucht es für einen Minderheitsantrag 40 % der Stimmen, kann in diesen Fällen gar nie ein Minderheitsantrag gestellt werden. Es bräuchte nämlich 2 Stimmen, um die Grenze von 40 % zu erreichen. Mit 2 Stimmen ist man jedoch die Mehrheit und nicht die Minderheit. Wenn eine Kommission 5 Mitglieder hat und alle anwesend sind, dann spielt es keine Rolle, ob die Grenze bei 40% oder 33,3% liegt, denn es braucht in beiden Fällen mindestens 2 Stimmen, um einen Minderheitsantrag stellen zu können.

Bruno Riesen: Die SP/FFW-Fraktion beantragt Art. 17 zu streichen.

Begründung: Minderheitsanträge aus Kommissionen erschweren und komplizieren den Ratsbetrieb. Die unterlegenen Kommissionsmitglieder haben ohnehin die Möglichkeit über ihre Partei bzw. Fraktion eine von der Kommission abweichende Meinung/Stellungnahme einzubringen oder zu unterstützen. Korrekterweise müsste dies jedoch innerhalb der Kommission und im Bericht/Antrag an den Generalrat offen gelegt werden (nicht einstimmiger, sondern mehrheitlicher Kommissionsbeschluss).

Bruno Boschung: Die CVP findet den 1. Antrag von einem Drittel nicht sympatisch, da keine 3-Kommissionen eingesetzt sind. Jedoch mit dem 2. Antrag der SP/FFW-Fraktion könnten sich die CVP anfreunden. Unser Parlament könnte ohne diesen Artikel gut leben.

Patrik Ducrey: Zuerst wird über den Antrag um Streichung des Artikels 17 abgestimmt, da sich bei einer Annahme desselben der Antrag der CSP/EVP-Fraktion erübrigt.

**Abstimmung:**

31 Ja-Stimmen  
15 Nein-Stimmen  
1 Enthaltungen

**Beschluss:**

**Der Generalrat beschliesst den Artikel 17 zu streichen. Somit werden alle folgenden Artikel neu nummeriert.**

Artikel 18 – 51 werden ohne Änderungen genehmigt.

Patrik Ducrey: Wir kommen nun zur Gesamtabstimmung über das Geschäftsreglement, da kein Antrag auf Durchführung einer 2. Lesung gestellt wird.

**Abstimmung:**

45 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen

**Beschluss:**

**Das Geschäftsreglement des Generalrates der Gemeinde Wünnewil-Flamatt vom 21. Juni 2011 wird genehmigt.**

16 00.02.011 Generalrat  
**Anträge**

Patrik Ducrey: Unter dem Traktandum „Anträge“ haben Sie die Möglichkeit, Motionen und Postulate an den Gemeinderat (siehe Art. 37 und 38 Geschäftsreglement) zu beantragen. Falls der Generalrat einer Überweisung zustimmt, muss der Gemeinderat dem Generalrat entsprechend Antrag stellen oder Bericht erstatten. Sie haben zudem die Möglichkeit, zu allen anderen dem Generalrat zustehenden Geschäften Anträge zu stellen (siehe Art. 36 Abs. 2 Geschäftsreglement).

Pius Caduff: Der Gemeinderat wird beauftragt, auf Bezirksebene in Zusammenarbeit mit dem Verband Region Sense eine Initiative zu starten mit dem Ziel, ein „Amtsblatt Region Sense“ als Amtsblatt herauszugeben. Gegebenenfalls können auch nur einzelne Gemeinden, z.B. die unteren Gemeinden des Sensebezirkes, ein solches Amtsblatt herausgeben. Der Herausgeber kann auch eine Privatfirma sein.

Begründung: Im Bezirk kennen wir heute kein solches Amtsblatt. Jede Gemeinde hat ein eigenes Mitteilungsblatt. Interkommunale Mitteilungen vor allem von Gemeindeverbänden oder Institutionen müssen heute in jedem einzelnen Mitteilungsblatt veröffentlicht werden. Für ihn ist aber wichtig über die Interkommunale Vereinstätigkeit z.B. Sport- oder Interkommunale Kulturveranstaltungen auf dem Laufenden zu sein. Wichtig ist auch bei einem grösseren Einzugsgebiet wäre auch Werbung, KMU- freundlich.

Doris Bucheli: Sie würde diese Motion allenfalls an die Region Sense weiterleiten. Sie hätte aber mit dem Namen etwas Mühe, da es bereits ein kantonales Amtsblatt gibt. Eine Alternative wäre z.B. „Bezirksanzeiger“.

Pius Caduff: Er hätte mit einer anderen Bezeichnung keine Probleme.

**Abstimmung:**

34 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen

**Beschluss:**

**Die Motion Caduff „Amtsblatt Region Sense“ wird dem Gemeinderat überweisen.**

Peter Wüthrich: Er möchte ein Postulat beliebt machen zum Thema „Verkehrssituation in Flamatt“. Der Gemeinderat prüft das Einsetzen einer Verkehrskommission, welche sich den Fragen rund um die Probleme des motorisierten Verkehrs in beiden Gemeindedörfern annimmt. Beispiele: An der Bernstrasse in Flamatt fahren die Velos auf dem Trottoir und gefährden die Fussgänger. Dies weil die Strasse für die Velos zu gefährlich sei. In Oberflamatt ist der Flurweg bei der Herrenmattstrasse in einem schlechten Zustand. Trotzdem gibt es Auto- und Lastwagenfahrer, welche dort in einem hohen Tempo durchfahren und Kinder sowie Spaziergänger gefährden. Eine Verkehrskommission könnte auch als Puffer für den Gemeinderat wirken und Anfragen aufnehmen und Abklärungen treffen. Wie er vom zuständigen Gemeinderat Patrick Berthold vernommen hat, wird die Gemeinde eine Valtra-locstudie machen lassen. Aber auch hier könnte eine Kommission mithelfen.

Bruno Boschung: Die Frage nach einer Verkehrskommission kann durchaus gestellt werden. Er fragt sich nur ob dies der richtige Weg sei mit einem Postulat. Damit hätte der Gemeinderat ein Jahr Zeit, sich dazu zu äussern. Der GenR könnte aufgrund seiner Möglichkeiten selber eine solche ständige Kommission wählen.

Margrit Perler: Sie möchte wissen, ob man einen Ordnungsantrag stellen kann und die Fraktionen darüber beraten können.

Patrik Ducrey: Dies ist eine Möglichkeit. Herr Wüthrich kann aber auch sein Postulat in eine Motion umwandeln.

Peter Wüthrich: Er hält am Postulat fest, da er nach Rücksprache mit der Fraktion den Gemeinderat mit einer Motion nicht unter Druck setzen möchte. Er erwartet aber vom Gemeinderat eine baldige Antwort. Auch möchte er nicht eine generalrätliche Kommission.

Beat Spicher: Er möchte, dass über diese Anfrage diskutiert wird, bevor etwas beschlossen wird. Er befürchtet Überschneidungen zwischen der Planungskommission, die sich auch mit Verkehr befasst und einer Verkehrskommission.

Michael Perler: Er in Schmittin in der Strassekommission und die Aufgaben der Planungskommission waren klar getrennt. Sollte das Postulat an den Gemeinderat überwiesen werden, so könnte der Gemeinderat selber die Aufgaben der beiden Kommissionen festlegen.

Der Generalrat beschliesst mit 40 Ja-Stimmen gegenüber 6 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung an der heutigen Sitzung über das Postulat zu entscheiden.

Patrik Durcrey: Demzufolge wird über eine Überweisung an den Gemeinderat abgestimmt.

**Abstimmung:**

41	Ja-Stimmen
5	Nein-Stimmen
1	Enthaltungen

**Beschluss:**

**Das Postulat Wüthrich „Einsetzung einer Verkehrskommission“ wird dem Gemeinderat überweisen.**

Peter Wüthrich: Er möchte noch ein zweites Postulat einreichen. Der Ge-

meinderat prüft in welcher Form und in welchem Umfang die Gemeindekanzlei und der Sozialdienst im BGZ in Flamatt für die Bevölkerung von Flamatt Schalterstunden anbieten kann. Es geht um die Bevölkerung, welche nicht selber Autofahren kann. Mit dem Zug hätten diese einen Zeitaufwand von rund 2 Stunden. Seine Idee wäre zu prüfen, ob gewisse Dienste der Gemeindekanzlei und des Sozialdienstes zu bestimmten Zeiten, welche vom Gemeinderat festzulegen wären, angeboten werden können. Somit könnten einfache Geschäfte wie Bewilligungen, ID-Kartenanträge, Abgabe des Ferienpasses usw. ohne umständliche Reise nach Wünnewil erledigt werden.

Doris Bucheli: Viele Dienstleistungen sind EDV-Abhängig, welche in der Gemeinde installiert ist. Sie kann sich nicht vorstellen, wie ein gleicher Dienst wie bei der Gemeinde in Flamatt angeboten werden könnte. Hingegen wäre es vorstellbar, dass der Sozialdienst seine Dienste in Flamatt anbieten könnte, sollte ein Bedürfnis vorhanden sein. Die beschränkten Öffnungszeiten würden jedoch mit Sicherheit auch nicht allen passen. Die Gemeindeverwaltung ist bereits heute sehr flexibel und bietet Dienste auch ausserhalb der üblichen Bürozeiten an. Ein zusätzliches Büro in Flamatt wäre logistisch sehr problematisch. Die Gemeinde hat eine ähnliche Anfrage bereits vor Jahren geprüft und als unrealistisch befunden.

Michael Perler: Sie haben über diese Anfrage in der Fraktion auch diskutiert. Er möchte wissen, ob es von Seiten der Gemeinde Möglichkeiten gibt, dass Personen, welche nicht mobil sind, in Flamatt geholt werden könnten. Laut Marianne Kormann kann ein solches Angebot über die Dienste für Senioren beansprucht werden. Michael Perler stellt den Antrag, dass die Gemeinde diese Möglichkeit besser publik macht, damit die Leute besser informiert werden.

Patrik Ducrey: Es kann hier kein Antrag gestellt werden. Entweder wird das Postulat unterstützt oder nicht.

Bruno Boschung: Er stellt einen Ordnungsantrag, dass eine allfällige Überweisung an den Gemeinderat an der nächsten GenR-Sitzung diskutiert wird.

#### **Abstimmung:**

42	Ja-Stimmen
4	Nein-Stimmen
1	Enthaltungen

#### **Beschluss:**

**Das Postulat Wüthrich „Gemeindeschalterstunden in Flamatt“ wird auf die nächste Generalratssitzung verschoben.**

#### 17 00.02.011 Generalrat **Verschiedenes**

Patrik Ducrey: Beim Traktandum „Verschiedenes“ können dem Gemeinderat mündlich oder schriftlich Fragen gestellt werden (siehe Art. 42 Geschäftsreglement), es können Resolutionen beantragt werden (siehe Art. 39 Geschäftsreglement) und andere Vorstösse eingebracht werden (siehe Art. 43 Geschäftsreglement).

Bruno Riesen: Als Teil der Sanierungsmassnahmen bzw. der verkehrsberuhigenden Massnahmen wurden die Kreuzung und Einmündungsbereiche im Zentrum und im Bereich der OS der Dorfstrasse in Wünnewil farblich gekennzeichnet. Dabei fällt auf, dass die Einfärbung bezüglich der Farbtiefe und -intensität sehr unterschiedlich ausgefallen ist. Zudem ist festzustellen, dass die eingefärbten Strassenpartien, insbesondere für Zweiradfahrende eine erhöhte Rutschgefahr aufweisen. Daraus ergeben sich aus Sicht unserer Partei die folgenden Fragen:

- a.) Sind die entsprechenden Arbeiten abgeschlossen und entspricht das vorliegende Ergebnis einer definitiven Lösung?
- b.) Wurden die Arbeiten durch das Bauamt abgenommen und entsprechen die ausgeführten Arbeiten den kantonalen Vorschriften sowie den bestellten und offerierten Ausführungen?
- c.) Mit welcher "Lebensdauer" darf bei diesem Ausführungsstandard gerechnet werden und welche Garantiefrieten gelten im Zusammenhang mit diesen Arbeiten?
- d.) Was gedenkt der Gemeinderat bzw. die Gemeindeverwaltung gegen die Rutschgefahr zu unternehmen?

Patrick Berthold: Die Arbeiten an der Dorfstrasse sind beendet und die Lösung ist definitiv, wie sie vom Gemeinderat vorgesehen war. Die Arbeiten sind jedoch noch nicht abgenommen worden. Ob die Arbeiten korrekt ausgeführt wurden, kann erst bei der Abnahme festgestellt werden. Die Lebensdauer sollte 8 bis 10 Jahre betragen. Beim Farbanstrich handelt es sich um das gleiche Material wie bei Fussgängerstreifen. Dass hier eine Rutschgefahr besteht, ist dem Gemeinderat nicht bekannt und muss geklärt werden.

Bruno Riesen: Für ihn sind die Fragen damit beantwortet. Nun hat er noch eine zweite Frage: Die Strassenübergänge in den Bereichen "Dorfstrasse - Auffahrt zur OS/Aula", "Kreuzung Dorfstrasse/Lohmattstrasse/Pfrundweg" sowie "Kreuzung Dorfstrasse/Staffelsstrasse" weisen infolge der durchgezogenen Trottoirs eine relativ hohe Schwellenhöhe auf. Für Zweiradfahrende führen diese Übergänge zu massiven Schlägen auf die Vorder- und Hinterrreifen mit entsprechender Belastungen von Material und Körper (Schläge in Hände/Arme sowie Rückenpartien). Bei zu niedrigem Tempo besteht zudem Sturzgefahr, indem der Vorderreifen an der Kante hängen bleibt. Daraus ergeben sich aus Sicht unserer Partei die folgenden Fragen:

- a.) Entsprechen diese Übergänge der Norm, insbesondere was den Langsamverkehr mit Zweirädern anbelangt?
- b.) Sieht der Gemeinderat bzw. die Gemeindeverwaltung Möglichkeiten diese Übergänge Zweirad-freundlicher zu gestalten?

Patrick Berthold: Die angesprochenen Übergänge entsprechen den heutigen Normen. Er wird mit den Fachleuten abklären, ob es Möglichkeiten einer anderen Gestaltung gibt, das weiss er heute aber nicht.

Bruno Riesen. Damit sind seine Fragen beantwortet worden.

Julian Schneuwly: Er möchte wissen, was diese roten Markierungen bei der Dorfstrasse bewirken sollen. Gelten diese wie Fussgängerstreifen?

Patrick Berthold: Die roten Markierungen dienen einzig und alleine zur Verkehrsberuhigung.

Boschung Bruno: Er hat noch eine Frage betreffend Kommissionen. Wer wurde konkret vom Gemeinderat um Kommissionsmitglieder angefragt?

Doris Bucheli: Die vier Gemeinderatsparteien wurden direkt gebeten, Personen für die Kommissionen mitzuteilen. Dies wurde auch in der Vergangenheit so gehandhabt. Die neuen Gruppierungen wurden nicht angefragt, da der Gemeinderat nicht wusste, wie viele Personen sie im Hintergrund haben. Diese hätten die Möglichkeit, insofern sich zuwenig Leute aus den Parteien melden sollten, sich über eine mögliche Inserat in der WüFla zu bewerben. So wurde es bis heute gehandhabt. Es gilt auch zu bemerken, dass sich bis heute noch nie so viele InteressentInnen für die Mitarbeit in einer Kommission gemeldet haben.

Pirmin Schenk: Er möchte wissen, wieso nur die grossen Parteien angesprochen wurden und die Kommissionen nicht direkt im Generalrat besetzt

wurden?

Doris Bucheli: Für den Gemeinderat ist der Generalrat auch neu und deshalb ist er wie in der Vergangenheit vorgegangen. Der Gemeinderat wollte zudem keine überdimensionierten Kommissionen. Wie bereits erwähnt, sollten Sitze von den Parteien nicht besetzt werden können, so werden diese zur Bewerbung ausgeschrieben.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen mehr verlangt.

Patrik Ducrey dankt den Anwesenden und wünscht einen schönen Abend.

Schluss der Versammlung 21:55 Uhr

Patrik Ducrey  
Generalratspräsident

Fredy Huber  
Gemeindeschreiber